

## Parlamentarischer Vorstoss

2026/3186

---

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	<b>Kapital-Mindeststeuer im Wettbewerb der Kantone: Gefährdet Basel-Landschaft die Attraktivität für KMU?</b>
Urheber/in:	Silvio Fareri
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	29. Januar 2026
Dringlichkeit:	—

---

Mit der Steuervorlage 17 hat der Kanton Basel-Landschaft per 1. Januar 2020 eine Minimalsteuer auf dem Kapital von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften eingeführt. Nach § 62 Abs. 1 Steuergesetz beträgt die kantonale Kapitalsteuer 1 Promille des steuerbaren Kapitals, mindestens jedoch 300 Franken. Die Gemeinden können seit 2023 einen Steuerfuss bis maximal 55 Prozent der Staatssteuer anwenden, wobei dieser Steuerfuss auch auf die Mindeststeuer angewendet wird. Zusammen mit der Kirchensteuer von 5 Prozent des Staatssteuerbetrags ergibt sich damit eine effektive Minimalbelastung von bis zu 480 Franken pro Jahr, unabhängig von der Höhe des Eigenkapitals und des erzielten Gewinns.

Diese Ausgestaltung führt dazu, dass eine GmbH mit lediglich 20 000 Franken Stammkapital dieselbe Kapitalsteuer bezahlt wie eine Aktiengesellschaft mit bis zu 300 000 Franken Eigenkapital. In der Praxis bedeutet das, dass für eine GmbH aus einer Gemeinde mit einem Steuerfuss von 55 Prozent, einem Unternehmensgewinn von CHF 5'000 und CHF 20'000 Eigenkapital für das Jahr 2024 eine Gesamtsteuerbelastung von CHF 1425 oder 28,5 % vom Unternehmensgewinn. Davon machen die Kapitalsteuer CHF 480 oder rund 10,5 % vom Gewinn aus. Zur Erinnerung der Kapitalsteuersatz beläuft sich eigentlich auf 1 Promille. Per 1. Januar 2025 wurde der kantonale Gewinnsteuersatz auf 4,4 % reduziert. Für die oben beschriebenen Fälle wird ab diesem Jahr der Mindestbetrag der Kapitalsteuer noch stärker ins Gewicht fallen. Das erscheint uns aus Sicht der Unternehmensbesteuerung als systemwidrig und standortpolitisch als problematisch.

Der Regierungsrat begründete die Einführung der Minimalsteuer in der Vorlage zur Steuervorlage 17 damit, dass jedes Unternehmen die aus Steuermitteln finanzierte Infrastruktur mitbenutze und bei der Steuererhebung ein Verwaltungsaufwand entstehe<sup>1</sup>. In der Landratsdebatte wurde diese Argumentation jedoch kritisch hinterfragt. Altlandrat Daniel Altermatt hielt fest: «Dass es nie einen Zusammenhang zwischen den Steuern und dem Aufwand, um die Steuern einzuziehen, gegeben

---

<sup>1</sup> Landratsgeschäft 2018/920. Änderung des Steuergesetzes – Steuervorlage 17 (SV17). Vorlage des Regierungsrates, S. 30.

<sup>2</sup> Landratsgeschäft 2018/920. Änderung des Steuergesetzes – Steuervorlage 17 (SV17). Beschluss des Landrats vom 6. Juni 2019, S. 1.

hätte» und sprach von «einer mutwilligen Vermischung der Grenze zwischen Steuern und Gebühren»<sup>2</sup>.

Die Minimalsteuer wird damit faktisch zu einer pauschalen Kopfsteuer für Kapitalgesellschaften, die mit der Leistungsfähigkeit des Unternehmens nur ungenügend korrespondiert. Hinzu kommt, dass der steuerliche Standortwettbewerb im Raum Basel diese Wirkung verstärkt. Im Kanton Basel-Stadt beträgt die Kapitalsteuer für juristische Personen ebenfalls 1 Promille des steuerbaren Eigenkapitals, jedoch ohne vergleichbare fixe Minimalsteuer.

Für kleine, eigenkapitalschwache Unternehmen kann es deshalb rational sein, den Sitz in einen Kanton ohne Kapital Mindeststeuer zu verlegen. Der vorliegende Fall einer GmbH, die explizit mit einer Geschäftsaufgabe oder einem Wegzug in den Nachbarkanton droht, zeigt exemplarisch, dass die Mindeststeuer auf dem Kapital den Standort Basel-Landschaft gerade im Segment der kleinen und mittleren Unternehmen spürbar schwächen kann.

**Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:**

1. Wie viele Unternehmen mit Sitz im Kanton Basel-Landschaft waren seit der Einführung des Mindestbetrags der Kapitalsteuer bis und mit Steuerjahr 2024 pro Steuerjahr betroffen?
2. Wie viele dieser Unternehmen wurden durch den Mindestbetrag der Kapitalsteuer seit Einführung bis und mit Steuerjahr 2024 pro Jahr überproportional stark belastet, d.h. Juristische Personen mit maximal CHF 100'000 steuerbarem Kapital, mit positivem Jahresergebnis und einer totalen Unternehmenssteuerbelastung von über 20 % des Steuerbaren Gewinns (inkl. Bundessteuer von 8.5 %).
3. Wie schätzt der Regierungsrat die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Mindest-Kapitalsteuer auf kleine und eigenkapitalschwache Unternehmen ein, insbesondere im Hinblick auf Investitionsverhalten, Beschäftigung und die Bereitschaft, den Unternehmenssitz im Kanton Basel-Landschaft zu behalten?
4. Anerkennt der Regierungsrat den Nutzen von Klein- und Kleinstunternehmen, welcher über die reine Zahlung von Steuern aus geht, wie z.B. die Schaffung von Arbeitsplätzen, die lokale Nähe zu den Kunden und die verbesserte Angebotsvielfalt?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Basel-Landschaft im Bereich der Unternehmensbesteuerung im Vergleich zu den Nachbarkantonen, wenn insbesondere der Mindestbetrag der Kapitalsteuer berücksichtigt wird, und welche Rolle misst er dieser Komponente für die Standortattraktivität zu?
6. Beabsichtigt der Regierungsrat, angesichts der überproportionalen Belastung kleiner und eigenkapitalschwacher Unternehmen durch den Mindestbetrag der Kapitalsteuer eine Anpassung oder Abschaffung dieser Mindestbesteuerung zu prüfen und dem Landrat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, und falls nein, weshalb nicht?